

## Artikel erschienen in:

*Thomas Fitschen, Tanja Brühl, Theodor Rathgeber,  
Klaus Hüfner, Yanina Bloch, Helmut Volger*

### Herausforderungen für die gegenwärtige deutsche UN-Politik

14. Potsdamer UNO-Konferenz am  
30. Juni 2018  
(Potsdamer UNO-Konferenzen ; 13)

2019 – 123 S.  
ISBN 978-3-86956-455-5  
ISSN (print) 1617-4704  
DOI <https://doi.org/10.25932/publishup-42615>



### Empfohlene Zitation:

Fitschen, Thomas: Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2019 – 2020 – Herausforderungen und Ziele – Reden von Außenminister Heiko Maas und Staatsminister Niels Annen. In: Thomas Fitschen, Tanja Brühl, Theodor Rathgeber, Klaus Hüfner, Yanina Bloch, Helmut Volger: Herausforderungen für die gegenwärtige deutsche UN-Politik: 14. Potsdamer UNO-Konferenz am 30. Juni 2018 (Potsdamer UNO-Konferenzen ; 13), Potsdam, Universitätsverlag Potsdam, 2019, S. 9–20. DOI <https://doi.org/10.25932/publishup-43147>

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Es gilt das deutsche Urheberrecht.

# Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2019–2020 – Herausforderungen und Ziele – Reden von Außenminister Heiko Maas und Staatsminister Niels Annen

*Zusammengestellt von Thomas Fitschen\**

**1. Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Heiko Maas, am 29. 06. 2018 im Deutschen Bundestag: „Deutschlands Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – für eine dauerhaft friedliche, stabile und gerechte Ordnung in der Welt“**

**2. Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Heiko Maas, bei der UN-Generalversammlung am 28. September 2018 in New York**

**3. Rede von Staatsminister Niels Annen bei der Podiumsdiskussion „Deutschland in VN-Sicherheitsrat – Ziele und Erwartungen“ im Rahmen der 12. Konferenz für deutsche Beschäftigte internationaler Organisationen und europäischer Institutionen am 29. 06. 2018**

---

\* Thomas Fitschen (Auswärtiges Amt) hat bei der Potsdamer UNO-Konferenz am 30. Juni 2018 einen informellen zusammenfassenden Überblick zur deutschen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat 2019/2020 gegeben, der nach den Zitierregeln des Auswärtigen Amts aber nicht für die Veröffentlichung in Schriftform vorgesehen war. Um für die Konferenzbroschüre dem Leser dennoch etwas Material an die Hand zu geben, haben sich die Broschürenherausgeber mit ihm darauf geeinigt, dass in der Broschüre ausgewählte Reden zum Thema von Außenminister Heiko Maas und Staatsminister Niels Annen abgedruckt werden.

## **Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Heiko Maas, am 29. 06. 2018 im Deutschen Bundestag: „Deutschlands Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – für eine dauerhaft friedliche, stabile und gerechte Ordnung in der Welt“**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

184 Ja-Stimmen für Deutschland verkündete der Präsident der VN-Generalversammlung am 8. Juni als Ergebnis der Wahl der nicht-ständigen Sicherheitsratsmitglieder. Das ist eine überwältigende Mehrheit. Und sie war keineswegs selbstverständlich. Diese Mehrheit ist Ausdruck der großen Anerkennung für das weltweite Engagement unseres Landes:

- Als aktiver Fürsprecher multilateraler Konfliktlösung,
- als viertgrößter Beitragszahler in den Vereinten Nationen und wichtiger Truppensteller,
- als engagiertes Mitglied im Menschenrechtsrat
- und als großzügiger Unterstützer des humanitären Systems und der Entwicklungsorganisationen der Vereinten Nationen.

Die große Dankbarkeit, die uns dafür entgegengebracht wird, möchte ich heute auch an Sie weitergeben. Denn unser Engagement ist nur möglich dank der fraktionsübergreifenden Unterstützung des Deutschen Bundestags! Unsere Wahl in den Sicherheitsrat ist aber nicht nur Anerkennung für bereits Geleistetes. Bei meinen drei Besuchen in New York habe ich erfahren, welche hohen Erwartungen sich an uns richten: Deutschland wird zugetraut, eine Kraft des Ausgleichs zu sein, ein Verteidiger der regelbasierten Weltordnung, eine Stimme der Vernunft in einer zunehmend radikalisierten Welt. Das sind hohe Ansprüche.

Und wir wollen ihnen gerecht werden, liebe Kolleginnen und Kollegen! Denn der Multilateralismus ist in Gefahr. Vor sechzig Jahren sprach der damalige VN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld von „Zeiten des Friedens, die kein Friede sind“. Auch wenn sich die Herausforderungen seitdem verändert haben, so spüren wir doch auch heute, dass unser Friede keine Ewigkeitsgarantie hat. Dass Konflikte in der Welt auch uns in Europa unmittelbar erreichen und die Weltordnung gewaltige Umbrüche erlebt. Wichtige Akteure wenden sich vom multilateralen System ab. Denken wir etwa an den Rückzug der USA aus dem VN-Menschenrechtsrat. Andere Staaten blockieren internationale Konfliktlösung durch ihr Veto oder brechen internationales Recht, wie Russland durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim oder sein Verhalten in der Ost-Ukraine.

Unsere Antwort darauf muss die Antwort sein, die auch Dag Hammarskjöld gegeben hat: Wir brauchen starke Vereinte Nationen – mehr denn je! Und wir brauchen einen handlungsfähigen Sicherheitsrat als Herzstück der internationalen Sicherheitsarchitektur. Bei manch berechtigter Kritik dürfen wir eines nicht vergessen: Allein im vergangenen Jahr wurden 61 Resolutionen angenommen, 59 davon einstimmig. Das zeigt: Der Sicherheitsrat leistet einen entscheidenden Beitrag zu Frieden und Stabilität!

Wenn wir 2019 in den Sicherheitsrat einziehen, wird dieser zu einem Drittel aus EU-Mitgliedern bestehen. Diesen „europäischen Moment“ wollen wir nutzen. Europäische Außenpolitik, die diesen Namen verdient, muss auch in New York gemacht werden – dort, wo es um die großen Fragen von Krieg und Frieden geht!

Wo können wir dabei inhaltliche Schwerpunkte setzen?

Natürlich ist die Arbeit im Sicherheitsrat zu allererst geprägt von den Krisen unserer Zeit. Und so schwierig es auch sein wird, bei der Konfliktlösung in Syrien, in der Ukraine, im Südsudan oder im Jemen voranzukommen – wir wollen dazu unseren Beitrag leisten:

Indem wir unsere Mitgliedschaft für politische Initiativen nutzen und indem wir immer wieder versuchen, bestehende Blockaden zu überwinden.

Dafür bringen wir einiges mit: Ein weltumspannendes, diplomatisches Netzwerk, aber natürlich auch belastbare Gesprächskanäle zu den fünf ständigen und den neun nichtständigen Mitgliedern. Und wir können aufbauen auf das große Vertrauen, das in 184 Ja-Stimmen zum Ausdruck gekommen ist.

Wo es zur Friedenssicherung nötig ist, sind wir auch zu militärischem Engagement bereit – das haben wir in den letzten Jahren zum Beispiel in Mali unter Beweis gestellt.

Klar ist aber auch, dass der Sicherheitsrat nicht erst dann aktiv werden darf, wenn es schon lichterloh brennt. Er muss Brände verhindern! Und dafür muss er auch die Brandbeschleuniger in den Blick nehmen.

Wie im Antrag von CDU, CSU und SPD gefordert, wollen wir daher auch unsere Vorsitze im Sicherheitsrat nutzen, um Menschenrechtsverletzungen, die Auswirkungen des Klimawandels oder Gesundheitskrisen wie Ebola auf die Tagesordnung zu setzen. Denn wir wissen, dass Entwicklung und Achtung der Menschenrechte Voraussetzungen sind für dauerhaften Frieden. Und auch der unverzichtbare Beitrag, den Frauen zu Frieden und Sicherheit leisten, muss noch stärker berücksichtigt werden. Krisenprävention ist eine unserer Stärken! Unsere Erfahrungen, unsere Ideen und unsere Kapazitäten bei Stabilisierung, Mediation und Konfliktnachsorge werden wir überall dort einbringen, wo Län-

der in Konflikte abzurutschen drohen. Ein weiterer Brandbeschleuniger ist die unkontrollierte Proliferation von Waffen, insbesondere von Kleinwaffen. Hier wollen wir gemeinsam mit den Vereinten Nationen Verbesserungen für Menschen in Krisengebieten erreichen. Und angesichts der globalen Aufrüstung begrüße ich es ganz ausdrücklich, dass Generalsekretär Guterres die Themen Abrüstung und Rüstungskontrolle wieder auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen gesetzt hat.

Zum Schluss möchte ich noch eine Frage ansprechen, die auch im Antrag der Regierungsfractionen aufgeworfen wird: Wie können wir die Effektivität und Legitimität der Vereinten Nationen stärken?

Ein Ansatzpunkt ist, den Sicherheitsrat inklusiver zu machen – man könnte auch sagen: ihn endlich an die Realität des 21. Jahrhunderts anzupassen. Deutschland steht bereit, auch dauerhaft Verantwortung in einem reformierten Sicherheitsrat zu übernehmen.

Neben der Sicherheitsratsreform müssen wir aber auch die Reform des VN-Entwicklungssystems und der Managementstrukturen voranbringen. Rückenwind gibt uns dabei die breite Unterstützung des Bundestags dafür, die freiwilligen Beiträge Deutschlands im Rahmen bestehender Haushaltsspielräume zu erhöhen.

Das ist ein wichtiges, notwendiges Signal, besonders in Zeiten, in denen auch in Deutschland der ein oder andere schon in den Abgesang auf die multilaterale Weltordnung einstimmt. Je breiter der Multilateralismus in Frage gestellt wird, desto entschiedener müssen wir ihn verteidigen. Wir müssen eintreten für mehr internationale Zusammenarbeit, und nicht weniger. Gerade jetzt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich darauf, gemeinsam mit Ihnen die deutsche Mitgliedschaft im Sicherheitsrat zu gestalten – als überzeugte Multilateralisten und als starke Stimme für den Frieden!

## **Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Heiko Maas, bei der UN-Generalversammlung am 28. September 2018 in New York**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Jede Generalversammlung hat ihre Krise, ihr großes Thema – so hat es mir ein Veteran der UN-Diplomatie in diesen Tagen berichtet. Was also ist das eine Thema im Jahr 2018? Syrien? Nordkorea? Der Mittlere Osten? Oder die weltweiten Flüchtlingsdramen vom Mittelmeer bis nach Venezuela?

Tritt man einen Schritt zurück, dann entsteht aus diesem Flickenteppich von Konflikten ein größeres Bild, dann zeigt sich ein klares Muster. Dann wird deutlich, dass wir es tatsächlich mit einer Krise zu tun haben: der Krise des Multilateralismus. Einer Krise, die Konflikte weltweit scheinbar unlösbar werden lässt.

Wenn ich „scheinbar“ unlösbar sage, spricht daraus die Zuversicht, mit der wir Deutschen auf den Multilateralismus blicken. Deutschlands Erfolgsgeschichte nach 1945 ist eine Erfolgsgeschichte des Multilateralismus. Der Mut unserer europäischen Nachbarn zur Versöhnung hat das von Krieg und Zerstörung gezeichnete Europa zusammenwachsen lassen – in Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Auch die Vereinigten Staaten hatten daran ganz entscheidenden Anteil.

Es ist ein Triumph des Multilateralismus, dass ausgerechnet dieses Europa zu einem der wichtigsten Partner der Vereinten Nationen werden konnte. Wir glauben an die Vereinten Nationen, weil Kooperation über Grenzen hinweg unser eigenes Schicksal zum Besseren gewendet hat. Europa hat der Welt bewiesen: Es gibt keinen Widerspruch zwischen Multilateralismus und Souveränität. Im Gegenteil: In einer Welt, die vor immensen globalen Problemen steht, kann Souveränität überhaupt nur durch Zusammenarbeit gewahrt werden!

„We the peoples“ – in diesen drei Worten steckt Weg und Ziel zugleich. Die Gründungsmütter und -väter der Vereinten Nationen haben sie daher ganz an den Anfang der Charta gestellt. Um klarzumachen, dass wir gemeinsam Lösungen finden müssen. Und um keinen Zweifel daran zu lassen, wem die Vereinten Nationen, wem wir als Delegierte verpflichtet sind: den Menschen. Ihnen gilt das Versprechen der Charta: Eure Freiheit, Eure Würde werden wir in New York, bei den Vereinten Nationen, verteidigen.

Aber spürt dies der Junge in Idlib, der ständig in Furcht vor dem nächsten Luftangriff lebt? Oder das Mädchen in Afrika, dessen Lebenserwartung schon bei Geburt 30 Jahre niedriger ist als in Deutschland? „We the peoples“ bleibt für sie eine leere Floskel. Wenn wir nicht für sie handeln, wird sich daran auch nichts ändern. Kofi Annan hat einmal gesagt: „Wir brauchen keine weiteren Ver-

sprechen. Wir müssen anfangen, die Versprechen einzuhalten, die wir bereits gegeben haben.“

Das wird Deutschlands Triebfeder sein, wenn wir in einigen Wochen als nichtständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einziehen. Ich danke Ihnen für das riesige Vertrauen, das Sie uns durch die Wahl entgegen gebracht haben! Es ist uns Ansporn, unseren Teil zur Lösung der Krisen dieser Welt beizutragen – ohne Selbstüberschätzung, aber mit Zuversicht und dem Mut zu gestalten. Wir bieten Ihnen Zusammenarbeit als verlässlicher Partner, der auf Dialog und Kooperation setzt, an. „We the peoples“, das schließt für uns ganz besonders auch diejenigen ein, die es schwer haben, sich in den Vereinten Nationen Gehör zu verschaffen. Wir werden uns daher immer auch mit der Zivilgesellschaft austauschen – im Sicherheitsrat, aber auch darüber hinaus.

„We the peoples“ bedeutet aber auch, dass der Sicherheitsrat selbst repräsentativer und inklusiver werden muss. Seit 1945 hat sich die Weltbevölkerung mehr als verdreifacht, die Zahl der Mitgliedstaaten fast vervierfacht. Der Sicherheitsrat dagegen blieb nahezu unverändert. Wir sollten deshalb aufhören, uns im Kreis zu drehen und endlich echte Verhandlungen über eine Reform beginnen, so wie es die übergroße Mehrheit der Mitgliedstaaten seit langem will.

Nirgendwo wird uns die Krise des Multilateralismus schmerzhafter bewusst als in Syrien. Aus einem Bürgerkrieg ist längst ein regionaler Flächenbrand geworden mit weiterem Eskalationspotenzial in einer ohnehin geschundenen Region. Ein solcher Krieg ist militärisch nicht zu lösen. Zu tief sind die regionalen Spieler in ihn verstrickt, zu bedeutend sind die jeweiligen Interessen. Mit vereinten diplomatischen Kräften ist es uns immerhin gelungen, eine Eskalation in Idlib zu verhindern. Das ist zumindest ein Hoffnungsschimmer! Die Vereinbarung zwischen der Türkei und Russland muss nun dauerhaft umgesetzt werden. Letztlich aber brauchen wir endlich einen politischen Prozess. Dafür müssen die Verhandlungen unter dem Dach der Vereinten Nationen gebündelt werden. Der Sicherheitsrat selbst hat mit Resolution 2254 den Weg gewiesen. Diesen Weg hin zu freien und fairen Wahlen müssen wir endlich gehen. Dann sind wir auch bereit, Verantwortung beim Wiederaufbau zu übernehmen.

Eines ist aber ganz klar: Wir werden nicht zu Erfüllungsgehilfen eines Regimes, das seine politische Legitimität längst verloren hat. Stattdessen setzen wir alles daran, das Leid der Menschen zu lindern. Es ist beschämend, dass es schon wieder Finanzierungslücken gibt. Deutschland als zweitgrößter humanitärer Geber ist bereit, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen zusätzliche 116 Millionen Euro für die Hilfe syrischer Flüchtlinge in Jordanien und Libanon bereitzustellen und so die Hälfte der derzeitigen Lücke zu schließen. Aber auch andere sind gefordert – es heißt: „We the people“.

Disruptive Ansätze in der Außenpolitik haben auch im israelisch-palästinensischen Konflikt tiefe Furchen hinterlassen. Es gibt viele, die uns glauben machen wollen, die verhandelte Zwei-Staaten-Lösung habe ausgedient, verkommen zu einer diplomatischen Phrase, nicht mehr realisierbar. Doch egal, wie man es dreht: Nur wenn auf beiden Seiten der 1967er Linie ein Leben in Sicherheit, Würde und Selbstbestimmung möglich ist, wird es dauerhaft Frieden geben. Genau deswegen ist es auch 25 Jahre nach Oslo richtig, an einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung zu arbeiten.

Auch der Konflikt in der Ukraine wird uns weiter beschäftigen. Gemeinsam mit Frankreich, Russland und der Ukraine arbeiten wir intensiv daran, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Im Fokus stehen dabei längst vereinbarte Maßnahmen zur Stabilisierung der Waffenruhe. Alle Anstrengungen bleiben darauf gerichtet, auch unsere Überlegungen zu einer möglichen VN-Mission in der Ostukraine auf der Tagesordnung zu halten.

Akutes Krisenmanagement ist aber allenfalls ein Schritt in Richtung Frieden. Dauerhafter Friede entsteht erst, wenn wir die Aufrüstungs-Logik überwinden. Das ist keine nostalgische Rhetorik aus Zeiten des Kalten Kriegs. Das damalige Gleichgewicht des Schreckens scheint geradezu harmlos gemessen am Szenario eines „multipolaren“ Wettrüstens mit vielen unberechenbaren Spielern.

Im Fall Nordkoreas haben die Geschlossenheit des Sicherheitsrats und die Sanktionen dazu beigetragen, zurück zum Dialog zu finden. Das war und bleibt richtig. Doch den Worten Nordkoreas müssen Taten folgen hin zu einer kompletten, überprüfbaren und irreversiblen Denuklearisierung. Dabei ist Deutschland bereit, seine Expertise einzubringen, die wir auch in den schwierigen Verhandlungen mit dem Iran gesammelt haben.

Das Nuklearabkommen mit Iran mag nicht perfekt sein. Es hat aber iranische Nuklearwaffen und eine vor drei Jahren noch höchst wahrscheinliche Eskalation bis heute erfolgreich verhindert. Das ist nicht wenig! Wir Europäer halten daher gemeinsam an diesem Abkommen fest. Wir arbeiten daran, den wirtschaftlichen Austausch mit Iran weiter zu ermöglichen und fordern natürlich auch Iran auf, seine Verpflichtungen weiterhin voll zu erfüllen. Unser Festhalten am Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan bedeutet aber nicht, dass wir die schwierige Rolle Irans in der Region oder die Gefahren seines ballistischen Raketenprogramms ausblenden. Die Suche nach Lösungen in Jemen, in Syrien oder anderswo wird allerdings ohne das Abkommen nicht leichter. Ganz im Gegenteil, Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung müssen insgesamt wieder stärker ins Zentrum der Arbeit der Vereinten Nationen rücken – da stimmen wir Generalsekretär Guterres voll und ganz zu.

Unsere Regelwerke müssen Schritt halten mit den technologischen Entwicklungen. Was wie Science Fiction klingt, könnte sonst sehr bald tödliche Real-



tät werden: Autonome Waffensysteme – Killer-Roboter –, die völlig außerhalb menschlicher Kontrolle töten. Ich möchte Sie bitten: Unterstützen Sie hier in New York und in Genf unsere Initiative für eine Ächtung vollautonomer Waffen, bevor es zu spät ist!

Nicht nur auf diesem Feld lautet die richtige Antwort: Prävention. Die Vereinten Nationen des 21. Jahrhunderts müssen bei den Konfliktursachen ansetzen.

Dazu zählt auch der Klimawandel. Nationalistisches Handeln allein nach der Devise „my country first“ stößt dabei an seine Grenzen – schon deshalb, weil das Klima keine kennt. Selten waren die Alarmsignale deutlicher als im Sommer dieses Jahres, und zwar in fast allen Teilen der Welt. Deutschland und die Europäische Union bleiben dem Pariser Abkommen verpflichtet. Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass der Sicherheitsrat die verheerenden Folgen des Klimawandels für die Sicherheit und Stabilität ganzer Länder und Regionen noch stärker berücksichtigt.

Auch bei der Friedenskonsolidierung brauchen wir einen Quantensprung. Deutschland wird deshalb dieses Jahr mindestens 25 Millionen Euro zum Peacebuilding Fund beitragen. Weltweit hat Deutschland seine Beiträge zur Stabilisierung und zur Prävention von Krisen in den letzten drei Jahren verdreifacht.

Beispielsweise im Irak, wo die Terroristen des IS zwar militärisch weitgehend besiegt sind, wir die Verantwortlichen aber nicht im Stich lassen, sondern Sicherheitskräfte ausbilden, die Verwaltung unterstützen und mit zivilen Mitteln zur Stabilisierung, Versöhnung und zum inklusiven Wiederaufbau des Landes beitragen. Nur wenn militärische Mittel in eine klare politische Strategie eingebettet sind, werden aus Peacekeepern Friedensstifter.

Dem dient auch die von Generalsekretär Guterres vorangetriebene Reform des Peacekeeping. Es wäre ein Fehler, die Diskussion auf das Feilschen um Nachkommastellen in irgendwelchen Beitragsskalen zu reduzieren. Natürlich ist Effizienz wichtig, auch für uns Europäer als größte Beitragszahler. Doch eine Diskussion allein über Einsparmöglichkeiten wird dem Mehrwert nicht gerecht, den Friedensmissionen zum Beispiel in Ländern wie Mali oder Libanon bringen. Die friedlichen Wahlen und die relative Stabilität dieser Länder sind auch den Blauhelmen und der politischen Arbeit der Vereinten Nationen zu verdanken. Wir Deutschen werden dazu weiter unsere Beiträge leisten – militärisch, finanziell, aber auch immer politisch, durch Diplomatie und Investitionen in Stabilität und Wiederaufbau. Denn der Erfolg von VN-Missionen steht und fällt mit der politischen Flankierung durch uns Mitgliedstaaten.

Das gilt im Moment ganz besonders für Libyen. Bei der Herkulesaufgabe, den Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen voranzubringen, sind die Vereinten Nationen auf unsere politische Rückendeckung angewiesen.

Frieden ist mehr als das Schweigen der Waffen. Nur gerechte Gesellschaften sind auf Dauer friedlich. Gesellschaften, in denen Männer und Frauen gleichberechtigt sind, in denen Frauen teilhaben an allen gesellschaftlichen Entscheidungen. Das ist nicht nur ein Gebot der Fairness und des Respekts, es ist ganz einfach eine Frage der Menschlichkeit und der Vernunft.

Kofi Annan hat uns ins Stammbuch geschrieben: „We will not enjoy development without security, or security without development. We will not enjoy either without universal respect for human rights.“

Auch 70 Jahre nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bleibt deren Versprechen von Würde und persönlicher Freiheit für viele Menschen nur eine ferne Verheißung. Im Sicherheitsrat, im Menschenrechtsrat oder hier in der Generalversammlung – wir werden Rechenschaft einfordern, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Egal ob es um Menschen schmuggeln in Afrika oder Angriffe auf die Rohingya in Myanmar geht. Selbst im Krieg gibt es Grenzen. Wir müssen diejenigen zur Rechenschaft ziehen, die mutwillig humanitäre Helfer, Krankenhäuser oder Schulen angreifen. Wer die elementarsten Grundsätze menschlicher Zivilisation verletzt, der muss bestraft werden.

Das gilt auch für diejenigen, die Chemiewaffen einsetzen und damit ein Tabu brechen, das jahrzehntelang gehalten hat. Deshalb ist es so wichtig, dass die Organisation für das Verbot chemischer Waffen inzwischen die Verantwortlichen ermitteln und benennen kann. Den Tätern muss klar sein: Für Verbrechen gegen die Menschlichkeit darf es keine Straflosigkeit geben – niemals und nirgendwo. Der Internationale Strafgerichtshof bleibt dabei unverzichtbar, denn er signalisiert Opfern und Tätern schwerster Straftaten gleichermaßen: Das letzte Wort hat die Gerechtigkeit.

Ich habe eingangs von der Zuversicht gesprochen, mit der gerade wir Deutschen auf den Multilateralismus blicken. Diese Zuversicht speist sich auch daraus, dass die Vereinten Nationen trotz aller Differenzen immer wieder auch Beweise dafür liefern, was wir gemeinsam erreichen können. Ich denke an die Agenda 2030, die unsere Richtschnur bleibt, um aus dieser Welt eine bessere Welt für alle Menschen zu machen. Ich denke aber auch an den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen über die Globalen Pakte für Migration und für Flüchtlinge. Dass mehr als 190 Staaten – Herkunfts-, Transit- und Zielländer – sich in so komplexen, auch kontroversen Fragen einig geworden sind, das ist ein Sieg des Multilateralismus. Ein Erfolg wahrhaft vereinter Nationen.

Diese Vereinten Nationen gründen auf unserem Mut zum Kompromiss. Sie wachsen mit unserem Willen zu gestalten. Sie leben von unserem Bekenntnis: Together First! Gemeinsamkeit entsteht, wenn wir die Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen, denn den Wunsch nach Frieden, Freiheit und

Sicherheit, den Traum von einem Leben in Wohlstand und Würde teilen doch alle Menschen – egal ob in Bagdad, Berlin oder Bamako. Die Vereinten Nationen gehören den Menschen. Ihnen sind wir verpflichtet. „We the peoples!“

## **Rede von Staatsminister Niels Annen bei der Podiumsdiskussion „Deutschland in VN-Sicherheitsrat – Ziele und Erwartungen“ im Rahmen der 12. Konferenz für deutsche Beschäftigte internationaler Organisationen und europäischer Institutionen am 29. 06. 2018**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich freue mich sehr heute zu Ihnen und mit Ihnen sprechen zu können. Als deutsche Bedienstete in internationalen Organisationen tragen Sie eine wichtige Verantwortung für das tägliche Funktionieren unserer multilateralen Ordnung, die derzeit von vielen Seiten unter Beschuss steht. Am 8. Juni ist Deutschland mit 184 Stimmen für zwei Jahre in den VN-Sicherheitsrat gewählt worden. Dies ist ein überzeugendes Ergebnis, das das Vertrauen in unser Land und unser Engagement für eine regelbasierte Weltordnung widerspiegelt. Der Sicherheitsrat gilt als das Herz der internationalen Sicherheitsarchitektur. Die nichtständige Mitgliedschaft bringt eine große Verantwortung mit sich, welcher sich Deutschland zukünftig stellen muss. Wir haben Respekt vor dieser Aufgabe, sind aber auch gut gerüstet.

### **Welche Rolle wird Deutschland im VN-Sicherheitsrat einnehmen?**

Viele Akteure erhoffen sich von uns eine „Stimme der Vernunft“ im Sicherheitsrat zu sein. In einer Zeit, in der sich viele vom multilateralen System abwenden oder versuchen es umzudeuten, ist es umso wichtiger, Flagge zu zeigen und die Vereinten Nationen weiterhin aktiv zu unterstützen. Unser Leitmotiv dabei lautet: Verteidigung der multilateralen, regelbasierten Weltordnung. Dazu gehört auch: eine klare Positionierung zu allen Fragen, die im Sicherheitsrat thematisiert werden, die Notwendigkeit teils unangenehmer Entscheidungen zu treffen und einen entsprechenden finanziellen Beitrag zu leisten. Wir hoffen, im Sicherheitsrat als Brückenbauer agieren zu können.

Weiterhin ist es für uns wichtig, die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten im Sicherheitsrat weiterhin zu fördern. Der Sicherheitsrat besteht, wenn wir dort einziehen, zu einem Drittel aus EU-Mitgliedstaaten. Umso mehr müssen wir diesen „europäischen Moment“ nutzen. Unser Ziel ist eine EU, die nach außen

einheitlich auftritt und kohärent handelt. Unser Vorhaben, unseren nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat zu einem europäischen Sitz zu machen, ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Natürlich wissen wir, dass wir als Bundesrepublik Deutschland gewählt wurden, und natürlich werden wir hinter einem Schild sitzen, auf dem „Deutschland“ steht. Aber unser Ziel ist, europäische Positionen zu vertreten. Der Brexit fällt in unsere Sicherheitsrats-Mitgliedschaft; wir müssen daher das E3-Format weiter stärken. Die enge Bindung zu Großbritannien soll unter veränderten Rahmenbedingungen erhalten werden.

### **Deutsche EU Prioritäten und Ziele in VN-Sicherheitsrat**

Die Agenda des Sicherheitsrats ist überwiegend durch aktuelle Krisen und laufende Mandate vorgegeben. Wir werden daher v. a. daran gemessen werden, ob wir hier einen Beitrag zur Minderung oder Lösung der Konflikte in Syrien, im Südsudan oder im Jemen leisten können. Dennoch gibt es natürlich Querschnittsthemen, die auch jenseits aktueller Krisen auf die Tagesordnung gehören. Hierzu zählen der Klimawandel, Gesundheitskrisen oder massive Menschenrechtsverletzungen. Wir wollen uns insbesondere während unserer Vorsitze im Sicherheitsrat dafür einsetzen, dass der Sicherheitsrat in seiner konzeptionellen Arbeit zu diesen Themen vorankommt.

Unser Ansatz: Friedenskonsolidierung begleiten. Deutschland steht für einen umfassenden Ansatz zur Konfliktbewältigung und -prävention im Sinne des „sustaining peace“: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen darf nicht erst aktiv werden, wenn es lichterloh brennt. Er muss möglichst schon den Brand verhindern. Nach einem Brand aber darf er die Betroffenen nicht allein lassen; sondern ihnen helfen, in ihr altes Leben zurückzukehren. Wichtig ist dabei den gesamten Konfliktzyklus im Blick zu haben. Krisen sollen von Anfang bis Ende begleitet werden, sprich durch Präventions-, Stabilisierungs- und Nachsorgemaßnahmen.

Unser Leitmotiv hierzu lautet: Krisen vorbeugen, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Deutschland vertritt einen umfassenden Sicherheitsbegriff. Themen wie z. B. Menschenrechte, Klimawandel, globale Gesundheit und die Gleichberechtigung der Frau sind eng verzahnt mit der Bewahrung des internationalen Friedens und gehören zum „harten Kern“ von Sicherheit. Sie gehören deswegen auf die Tagesordnung des Sicherheitsrats.

Auch für Abrüstung und Rüstungskontrolle muss es angesichts anhaltender Konflikte und einem globalem Trend zur Aufrüstung wieder einen zentralen Platz im Gefüge der Vereinten Nationen geben. Dafür wollen wir uns stark machen.

Peacekeeping ist ein unabdingbares Kriseninstrument, aber keine Dauerlösung. Wir brauchen erfüllbare Mandate, müssen Exit-Strategien und Übergänge vom Peacekeeping zum Peacebuilding klar definieren.

## **Erwartungen des Bundestags und der Öffentlichkeit? Rückblick auf 2011/12 und mögliche Konfliktlinien**

Deutschland wird sich vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu den Krisen und Konflikten in der Welt verhalten müssen und sich dabei als Sicherheitsrats-Mitglied stärkerem Widerspruch, Druck oder Gegenwind ausgesetzt sehen als zuvor. Gleichzeitig ist die Mitgliedschaft aber auch eine große Chance, unsere Stärken einzubringen und an entscheidender Stelle mitzugestalten – gerade im Bereich Konfliktprävention. Viele Staaten haben unsere Kandidatur unterstützt, weil sie uns vertrauen und hohe Erwartungen in uns setzen. Es ist eine große Herausforderung an unser politisches und diplomatisches Können, diese Erwartungen auch zu erfüllen. Wir werden wie bereits 2003 in der Frage der Irak-Intervention oder 2011 im Fall Libyen kontroverse und – nach innen wie nach außen – erklärungsbedürftige Entscheidungen treffen müssen. Hier ist auch Ihr Einsatz als „Insider“ gefragt, wenn in der Öffentlichkeit von einzelnen Stimmen vermeintlich einfache Antworten auf komplexe Fragen propagiert werden.

Wir haben während unserer letzten Sicherheitsratsmitgliedschaft 2011/12 Einiges erreicht, z. B. erstmalige Verabschiedung eines Presidential Statements, das den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit aufgreift, Begleitung der Unabhängigkeit Südsudans, die Verabschiedung einer Resolution zum Schutz von Schulen und Krankenhäusern, die Stärkung rechtsstaatlicher Verfahren bei Sanktionsregimen oder die Einrichtung des Wiesbaden-Prozesses zur Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft bei der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Wir werden uns 2019/20 sicher wieder in Großkrisen bewähren und schwierige Entscheidungen treffen müssen.

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Herausforderungen bin ich sehr an Ihren Einschätzungen zu den Chancen und Möglichkeiten unserer bevorstehenden Sicherheitsrats-Mitgliedschaft interessiert, gerade aus Ihrer jeweiligen Perspektive: Wo können wir besser werden? Welche Themen sollten wir stärker besetzen? Welche Erwartungen gibt es in Ihrem Kreis an eine deutsche Sicherheitsrats-Mitgliedschaft?

Ich würde mich freuen, wenn Sie die Ziele und Schwerpunkte unserer Sicherheitsrats-Mitgliedschaft in Ihrem konkreten Einsatzfeld nach Kräften unterstützen und für unsere Ansätze werben. Und ich möchte Sie einladen, engen Kontakt mit dem Auswärtigen Amt, den Botschaften vor Ort bzw. deutschen Ständigen Vertretungen bei Internationalen Organisationen zu pflegen. Nur wenn wir an einem Strang ziehen, können wir erfolgreich sein.